Germ. g.
494 sg

Germ. g.
494 1/2
Vendey

Das Grundübel

im

National-Verein

von

J. Venedey.

Preis 18 kr. oder 5 Sgr.

Freiburg im Breisgau.
Universitäts-Buchdruckerei von H. M. Poppen und Sohn.

In Commission bei M. Schauenburg in Lahr.
1864.

Digitized by Google

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Digitized by Google

1.

Der Nationalverein stellt im Grundsatz die Einheit und Freiheit Deutschlands als Ziel seiner Bestrebungen hin;

In der That steuern die Leiter des Vereins auf eine „preußische Spitze" hinaus.

Im Grundsatz: Das ganze Deutschland;

In der That: Deutschland, so weit die Macht Preußens reicht.

In diesem Widerspruche liegt die Haupturſache der innern Schwäche des Vereins; liegt die Ursache auch der Widersprüche, in welche die Führer desselben auf Schritt und Tritt verfallen, die Ursache der Halbheiten, der Verdrehungen, des politischen und parlamentarischen Ränkespiels, zu denen sie getrieben werden; liegt endlich die Ursache, daß die Lenker des Vereins überall bereit sind, den Grundsatz fahren zu lassen, wenn Grundsatzlosigkeit augenblicklich einen Vortheil für die „preußische Spitze" oder für die Ziele der Partei bieten zu können scheint, — die Fahne der Freiheit und Einheit in die Tasche zu stecken, wenn unter einer andern Fahne, und wäre es die Bismark'sche oder die Rechberg'sche, die Hohenzollern'sche oder die Habsburgische, augenblicklich ein scheinbarer Vortheil errungen werden könnte.

Die Politik der Klügelei, des Haschens nach jedem Scheinzugeständniß der Macht hat dem Verein den Stempel der gothaischen Richtung, den Stempel der Halbheit, der Lauheit, des „Rechnungstragens" aufgedrückt. Mit dieser Richtung aber steht der Verein in der Luft, denn das Volk gewinnt man nur durch ein offenes Auftreten, durch ruhiges Festhalten am Grundsatze, durch unwandelbare Treue der einmal aufgepflanzten Fahne.

Digitized by Google

Der Nationalverein, *in seinem Grundsatze handelnd*, würde eine unberechenbare Wohlthat für das deutsche Volk sein; der Nationalverein, *den Grundsatz in seinem Handeln verleugnend*, ist ein Nationalunglück.

Das Instrument ist *gut*, die Hand, die es trägt, *führt es schlecht*.

2.

Der *Nationalverein* wurde gegründet in jenen Tagen, wo eben Oestreich in Italien besiegt und in seinem Bestehen gefährdet war; in jenen Tagen, wo Preußen auf dem Punkte gestanden hatte, für Oestreich gegen Frankreich einzutreten. Der Krieg, der einen Augenblick ganz Deutschland bedrohte, hatte allen denkenden Vaterlandsfreunden gezeigt, wie gründlich zerrissen die deutsche Nationalmacht dem äußern Feinde gegenübertreten würde. Im Bewußtsein der drohenden Gefahr, die hieraus für die deutsche Nation hervorgehen müßte, faßte vielfach in allen Stämmen und in allen Parteien der Gedanke Wurzel, daß in dem bevorstehenden Kriegsfalle die *größte deutsche Kriegsmacht, Preußen, an die Spitze der ganzen deutschen Nationalmacht* — immerhin mit Ausnahme Oestreichs — treten müsse.

In der Absicht, diesem Gedanken dem Nothstande eines drohenden äußern Krieges gegenüber Bahn zu brechen im deutschen Volksgeiste, wurde der Nationalverein von seinen ursprünglichen Stiftern gegründet; zu diesem Endzwecke traten ihm die Mehrzahl der Mitglieder, die seine ersten Reihen füllten, bei.

Eine *zeitweilige Militär-Dictatur Preußens dem äußern Feinde gegenüber* war der Gedanke, den die Kriegsdrohung geweckt hatte; und der heute nur deßhalb nicht mehr so berechtigt erscheint, weil unterdeß Herr v. Bismark das Ansehen Preußens im deutschen Volke bei der Wurzel angegriffen und gründlich heruntergebracht hat.

Dem äußern Feinde gegenüber müssen alle innern Zwiste der Parteien, der Stämme, der Regierungen schweigen. Wenn Rußland, wenn Frankreich Deutschland angriffen, so würde noch

Digitized by Google

heute der deutschen Nation kaum eine Wahl bleiben, als die, der größten deutschen Macht, die dem Feinde gegenüberträte, die Leitung der ganzen deutschen Wehrkraft zu übertragen. Wenn Frankreich feindlich an die deutsche Gränze tritt, dann darf das ganze deutsche Volk bis zum letzten Mann kein anderes Gefühl haben als: „Vorwärts zum Kampfe auf Leben und Tod gegen die frevelhafte Richtung der französischen Nation, die seit nun mehr denn zwei Jahrhunderten jede Gelegenheit deutscher innerer Verwickelungen benutzt, um über Deutschland herzufallen, an Deutschlands Unglück sich zu weiden, in Deutschlands Reichthum sich zu mästen, die deutschen Gauen zu verwüsten, unsere Städte zu brandschatzen, unsere Speicher zu räumen, unsere Keller zu leeren, unsere Frauen, unsere Töchter zu verführen, unsere Söhne zu zwingen, für Frankreichs Ruhm ihr Blut einzusetzen."

Einer solchen Gefahr gegenüber ist es Pflicht der Nation und jedes Vaterlandsfreundes, jedes deutschen Ehrenmannes, nur Einen Gedanken zu haben, den, wie diese Gefahr am raschesten und sichersten abzuweisen. Und dies ist nur möglich mit den vereinten Kräften der Nation; und eine solche Vereinigung ist, so lange die Bundesanarchie noch dauert, wieder nur möglich, nur denkbar, wenn im Nothfalle die Bruchtheile deutscher Wehrkraft sich dem größten Bruchtheile derselben, der dem äußern Feinde gegenübertritt, anschließen. Die Pferde auf der Weide, die Kühe auf der Wiese drängen sich in Einen Haufen zusammen, wenn ernste Gefahr ihnen droht, — und die deutsche Nation stob bis heute meist nach allen Windgegenden auseinander, wenn der Feind an ihre Gränze trat.

Es hat leider zu allen Zeiten Deutsche gegeben, die dem Auslande die Hand boten; und es ist wenigstens nicht unmöglich, daß es auch in der nächsten großen Krisis deutsche Dynastien, Bruchtheile des deutschen Volkes, deutsche Parteien geben kann, die abermals von dem Auslande Hülfe gegen ihre Gegner im Inlande hoffen werden. Preußen wird, auf der Bahn der „Macht", der rechtlosen Gewalt, auf welcher Herr v. Bismark es führt, nothgedrungen dem Auslande, Rußland oder Frank-

Digitized by Google

reich, in die Arme getrieben. Oeſtreichs Regierung, ohne feſten Boden in ihrem Volke, iſt ebenfalls in Verſuchung, ſtets außer ſich den Stützpunkt zu ſuchen; — das böſe Beiſpiel, das in den durch Frankreichs Hülfe groß gewordenen Mittelſtaaten Deutſchlands liegt, mag immerhin wieder Morgen dieſen oder jenen deutſchen Fürſten in die Netze der franzöſiſchen Politik hineinziehen; — die verrannte Querköpfigkeit deutſcher Parteiblindheit hat nur zu oft den Lockungen Frankreichs Gehör gegeben, und, trügt nicht Alles, ſo hängen heute wieder die geiſtreichen Führer einzelner Parteiſplitter Deutſchlands feſt an dem franzöſiſchen Köder.

Dieſen Möglichkeiten gegenüber iſt es doppelte Pflicht des deutſchen Volkes, im Falle der Noth die ganze deutſche Wehrkraft neben der Wehrkraft des größten deutſchen Staates, der dem Auslande gegenübertritt, zu einer einzigen geſammten Vaterlandsvertheidigung zu ſchaaren.

Es würde uns in einem ſolchen Nothfalle nicht ſtören, wenn am Ende auch ein Bismark an der Spitze der preußiſchen Regierung, das Ausland bekämpfend, ſtände; — obgleich viel wahrſcheinlicher iſt, daß wir die Bismarke eher in den Reihen Derer finden werden, die mit dem Auslande gemeinſame Sache gegen ihre deutſchen Gegner machen. Der Fluch der Nation würde dann dem preußiſchen Junkerthum, im Bunde mit Frankreich oder Rußland, ein Ende mit Schrecken bereiten helfen. Hoffen wir, daß Preußen nie mehr von ſeiner vaterlandsloſen Junkerſchaft mißbraucht werden könne; hoffen wir, daß im Augenblicke, wo das Ausland, ob von Nord oder Süd kommend, einen Fuß auf deutſchen Boden ſetzt, Preußen das Ausland bekämpfen helfen wird. Dann ſtehen alle ächten deutſchen Vaterlandsfreunde auf der Seite Preußens zum Todeskampfe bereit. Dem äußern Feind gegenüber, der die Schmach von Jahrhunderten in unſerm Lande zu wiederholen und zu verewigen droht, iſt Jeder, der ihn bekämpft, ein Vaterlandsvertheidiger, welcher Partei, welcher Klaſſe er auch angehören mag. Das Blut, das im Kampfe gegen das Ausland auf den Schlachtfeldern zuſammenfließt, wird auch bei den, Seite an Seite ſich verblutenden, Söhnen deſſelben Vaterlandes

Digitized by Google

für die innern Zwiste und Mißverständnisse Vermittelung und Versöhnung herbeiführen.

Tritt die Gefahr, die während des italienischen Krieges eine Weile Deutschland bedrohte, wieder nahe, so ist es an der Zeit, den einfachen Gedanken, der damals den Nationalverein gründen half, wieder aufzugreifen und für ihn mit allen Kräften zu wirken: denn in ihm, in der Vereinigung aller deutschen Wehrkraft in Einer Hand allein liegt Rettung vor der elenden Schmach neuer Jahrzehend hochmüthiger Fremdherrschaft in deutschen Landen.

3.

Unserer innersten Ueberzeugung nach wird Deutschland nie zur Einheit gelangen, wenn nicht durch die Republik; und so wird die Bundesanarchie wohl noch eine Weile dauern. Immerhin mag diese Ueberzeugung auf Irrthum beruhen, und jedenfalls mag sie sich als ungegründet bekunden, wenn die deutschen Fürsten, oder wenn auch nur die mächtigsten, und unter diesen die preußische Dynastie vor Allem, sich offen, klar, bewußt, mit Hingebung und mit aller Macht auf die Seite des deutschen Volkes stellten und für Deutschlands Freiheit und Deutschlands Einheit rücksichtlos die alten Herrscher- und Kastenvorurtheile über Bord würfen.

Fast scheint es aber, als hieße dies mehr als Menschenmögliches verlangen. Vorausgesetzt aber, daß ein deutsches Fürstenhaus offen und bewußt für deutsche Freiheit und Einheit einträte, dem Volke zur Herstellung der Einheit und Freiheit durch die Reichsverfassung und das Parlament die Hand böte; — dann würde dies Haus im deutschen Volke auch die Macht finden, Deutschlands Freiheit und Einheit zu verwirklichen, mit, trotz oder gegen alle andern deutschen Fürsten.

Und daß hier, wenn irgend eine, die preußische Dynastie vorerst und vor Allem berufen erscheinen könnte, das liegt immerhin angedeutet im Gange der deutschen Geschichte, in der Rolle, die Preußen seit drei Jahrhunderten in derselben übernommen hat. Es ist nicht Zufall, wenn Preußen seit der Reformation stets im Vordertreffen für Deutschland stand, wenn

Digitized by Google

es den Franzosen Ludwigs XIV. ebenso gut wie den Schweden bei Fehrbellin gegenüber die Sache deutscher Lande und deutscher Ehre vertheidigte, wenn es bei Roßbach so gut wie an der Katzbach, bei Leipzig und Waterloo ebenso gut wie bei Düppel und auf Alsen für Deutschland kämpfte.

Das „Schwerdt Deutschlands", — ja, es lag oft und liegt auch heute noch in der Hand Preußens. Und oft hat dasselbe in dieser Hand dem Auslande gegenüber Deutschlands Sache mit Tapferkeit und Erfolg vertheidigt. Die deutsche Nation ist Preußen dafür zu Dank verpflichtet. Und wenn überhaupt von einer „preußischen Spitze" in Deutschland die Rede ist, wenn im Jahre 1849 das erste deutsche Parlament dahin geführt werden konnte, dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone anzubieten, so beweist dies eben, daß das deutsche Volk von Preußen hoffte und theilweise noch hofft, es werde schließlich doch das deutsche Schwerdt für Deutschlands Volk, für Deutschlands Heil, für Deutschlands Einheit und Freiheit in die Wage des Geschickes legen.

Bietet aber Preußen selbst eine Gewähr für diese Hoffnung?

Wer darf diese Frage bejahen?

Ist nicht in Wahrheit das deutsche Schwerdt — das in der Hand Preußens dem Auslande gegenüber mehr denn einmal Deutschlands Sache mit Tapferkeit vertheidigt hat — heute in dieser Hand gegen das Herz des eignen Volkes, gegen das Herz des deutschen Volkes gerichtet?

Hat nicht dasselbe Preußen, dem das Parlament die Kaiserkrone anbot, allen deutschen Fürsten, die dem zu Recht bestehenden Parlament mit der Gewalt gegenübertreten wollten, das Schwerdt Preußens zur Verfügung gestellt?

Ist nicht in der „Reorganisation" heute das „Schwerdt Deutschlands" und Preußens gegen das eigne Volk gerichtet; ist das Heer mit seinen Junkern an der Spitze nicht in Preußen selbst das Mittel, das Herrn von Bismark erlaubt, das Volk und seine Vertreter mit Hohn und Verachtung zu behandeln?

Digitized by Google

Ist nicht in dem Kampfe gegen Dänemark das preußische, das „deutsche Schwerdt" eben so gut gegen Deutschlands Recht gerichtet gewesen?

Hat nicht die preußische Regierung in Schleswig-Holstein Ruhm für das „deutsche Schwerdt" gesucht, um diesen Ruhm zum Vortheile einer undeutschen Junkerherrschaft in Preußen, in Deutschland auszubeuten?

Ist nicht in diesem Augenblicke nach dem Siege in Schleswig-Holstein das siegreiche „Schwerdt Deutschlands" in der Hand Preußens selbstbewußter als je vorher gegen die Bestrebungen, gegen das Rechtsbewußtsein des preußischen Volkes, gegen das Selbstbewußtsein der ganzen deutschen Nation, gegen die Einheit, die Freiheit Deutschlands gerichtet?

Und so lange das „deutsche Schwerdt" in Preußens Hand gegen das Herz des deutschen Volkes selbst gerichtet ist, so lange hat Preußen keine innere Berechtigung, an der Spitze des deutschen Volkes in seiner staatlichen Entwicklung zu stehen.

Die Siege dem Auslande gegenüber bekunden in der Tapferkeit seiner Söhne, daß Preußen berufen zum Höchsten in Deutschland, und, an der Spitze Deutschlands, in Europa sein könnte; die Stellung Preußens dem eignen, dem deutschen Volke gegenüber beweist, daß es, wie berufen es sein könnte, — nicht „auserwählt" ist.

4.

So lange eine vollkommen undeutsche Richtung in dem innern Staatsleben Preußens waltet, so lange diese Richtung in den preußischen Zuständen so tief begründet ist, daß das preußische Volk dieselbe duldet oder dulden muß — so lange ist die „preußische Spitze" in Deutschland nicht nur unmöglich, sondern eine Art Hohn gegen den gesunden Sinn des deutschen Volkes.

Wer bei dieser Lage der Dinge für dieselbe in die Schranken treten will, der muß den Eiertanz der Phrase so verstehen, wie wir ihn so oft, wenn von der „preußischen Spitze" im Nationalverein Rede war, zu bewundern Gelegenheit hatten. Logisch ist in dieser Lage nur der, welcher offen und ohne Umstände mit dem „deutschen Schwerdt" in Preußens Hand gegen das

Digitized by Google

Herz Deutschlands gekehrt, vom deutschen Volke, von deutschem Lande so viel für Preußen erobern will, als möglicher Weise zu erobern ist. Daß diese Eroberung im besten — für das deutsche Volk im schlimmsten — Falle am Main ihre Gränze fände, das haben die klügern Freunde eines auf Kosten Deutschlands vergrößerten Preußens zu allen Zeiten eingesehen. Aber diese Eroberung von halb Deutschland für Preußen wird nie möglich sein, ohne einen Kampf auf Leben und Tod zwischen den Anhängern eines vergrößerten Preußens und den Anhängern eines einigen Deutschlands, Seite an Seite mit den Anhängern aller deutschen Dynastien, die keine Lust und keinen Beruf fühlen, ihre „angestammten" Fürsten gegen die Söhne des Hauses Hohenzollern zu vertauschen.

Für die Politik: „Preußen bis zum Main" müßte halb Deutschland die andere Hälfte bekämpfen, besiegen, niederhalten, damit die siegende Hälfte die besiegte zwänge, nicht zu dem „neuen deutschen Reiche", d. h. zu dem vergrößerten Preußen zu gehören.

Dem denkenden Vaterlandsfreund schwindelt vor dem Abgrunde, der sich vor seinem Blicke öffnet, und dem der Leichtsinn und die Gedankenlosigkeit uns entgegentreiben, wenn sie bei einem vollkommen undeutschen Preußen von einer „preußischen Spitze" für Deutschland, von einem permanenten preußischen Zwangkaiserthum sprechen, ohne zu sehen, welche Zerrissenheit, welche Spaltung, welche blutigen Schlachtfelder, wie viel zerstörten Städte, verwüsteten Länder, welches endlose Elend eines vernichtenden Bürger- und Bruderkrieges in diesem Gedanken keimen.

Die Eroberung Schlesiens hat Preußen zehn Jahre Krieg gekostet; die Eroberung der Mainlinie würde, wenn nicht einen zweiten dreißigjährigen Krieg, dann doch einen Krieg hervorrufen, der wie der dreißigjährige dem Auslande noch einmal Gelegenheit böte, in den Eingeweiden Deutschlands nach Herzenslust zu wühlen und am Ende die Beute heimzuführen, die ihm eben zusagte.

Digitized by Google

Wer die Einheit Deutſchlands auf dieſem Wege ſucht, wird die Zerriſſenheit, die Theilung Deutſchlands finden. Wäre dieſe Art Einheit Deutſchlands unter nicht-deutſcher preußiſcher Spitze, das preußiſche Klein-Deutſchland bis zur Mainlinie auf friedlichem Wege möglich, könnte ſie von Preußen durch Zugeſtändniſſe an Oeſtreich, Bayern und auch Frankreich erkauft werden, ſo würde dennoch Deutſchland zerriſſen, getheilt ſein, Kleindeutſchland bis zum Main die eine — der Reſt die andere Hälfte, jedes von Beiden andern Einflüſſen, andern Geſchicken, andern Herrſchern, andern Regierungen unterworfen ſein. So ſollen wir erſtreben, was alle andern Völker fürchten; ſo ſollen wir ein Ziel verfolgen, das jeder denkende Volksfreund verfluchen müßte; ſo wir — wir Deutſche ſelbſt. So ſoll das deutſche Volk mit eigner Hand ſeinen eignen Leib zerreißen und die Theile rechts und links hinwerfen! Das wäre es, wofür wir uns begeiſtern, wofür wir ringen, ſtreben, am Ende kämpfen und ſterben ſollten! Wie iſt es möglich, daß dieſer Wahn auch nur Wenige ſelbſt nur zeitweilig ergreifen konnte!

Wer aber dies Ergebniß auf friedlichem Wege hofft, der haſcht nach einem Nebelbilde; wer es auf dem einzig möglichen Wege, auf dem Wege des Krieges von halb Deutſchland gegen halb Deutſchland, von dem Deutſchland, das Preußens Einfluß folgt, gegen das Deutſchland, das mit Oeſtreich und Bayern ſteht und fällt, erſtrebt, — der arbeitet in frevelhaftem Leichtſinne auf die Theilung eines durch innern Krieg verwüſteten, durch äußern Feind ausgebeuteten, mißhandelten, geknechteten Deutſchland hinaus!

Furchtbar iſt die patriotiſche Entartung, die geiſtige Verwilderung, daß dieſe Beſtrebungen auch nur in Einzelnen möglich werden konnten!

5.

Die Führer des Nationalvereins, die heute bei einem nicht-deutſchen Preußen für die „preußiſche Spitze“ kämpfen, arbeiten nach zwei Seiten hin, ihren bitterſten Gegnern in die Hände; die antideutſche Richtung in Preußen

Digitized by Google

und die antipreußische Richtung außerhalb Preußen haben an ihnen die besten Bundesgenossen.

So oft die Leiter des Nationalvereins auftreten und für die „preußische Spitze" — trotz Bismark kämpfen, dürfen die preußischen Junker im Hohne denken und sagen: „Wozu brauchen wir da eine andere Politik anzunehmen, der Nationalverein zeigt uns ja alle Tage, daß die andern deutschen Stämme uns am Ende doch zufallen müssen, daß sie ohne uns nicht leben und sterben können." Die charakterlose Demuth des Nationalvereins fordert den übermüthigen Hochmuth der Junker heraus, und dieser Hochmuth steht dann auf Schritt und Tritt dem Nationalverein im Wege.

Und der Nationalverein, wenn er trotz Bismark für die „preußische Spitze" ist, fördert ebenso die Halbheit, die Mattigkeit der preußischen Fortschrittspartei in ihren sogenannten deutschen Bestrebungen, da er durch sein Auftreten bekundet, daß er am Ende des Endes dennoch das reinpreußische, das antideutsche Preußen als seine Vormacht, als seine Führung, als seine „Spitze" anerkennen wird.

Wenn der Nationalverein, wie die deutsche Nation in Masse, klar und offen sagte: „keine preußische Führung ohne eine deutsche Politik in Preußen"; wenn er so die deutsche Politik in Preußen zur ersten und letzten Bedingung des Gedankens an eine „preußische Spitze" machte; so würde er den geschraubten Phrasen der preußischen Heisporn im Verein ein Ende machen, und sie zum festern Handeln in Preußen selbst treiben.

Wozu sollen die schönen Reden über die „preußische Spitze" im Verein dienen, so lange außer dem Verein das antideutsche Preußen die Fortschrittspartei zwingt, sich Herrn von Bismark gefallen zu lassen. Der Verein sage offen und klar: „Seid deutsch, ihr Preußen! — und dann und sonst nicht wird Deutschland, d. h. das deutsche Volk in seinem Parlament! dem deutschen Preußen das Reichsscepter wie die Reichssturmfahne übergeben, wenn Ihr derselben würdig seid. Heute seid Ihr's nicht; und deßwegen — weg mit der Phrase von der preußischen Spitze!"

Digitized by Google

Heute seid Ihr's nicht, — und deßwegen sorgt vorerst dafür, daß Ihr würdig werdet, Deutschland gegenüber den Gedanken aussprechen zu dürfen: „Wir Preußen verdienen die Leitung des deutschen Volkes zu übernehmen!" —

Und wie diese Phrase, die im Nationalverein von der „preußischen Spitze" flunkert, die antideutsche Junkerei in Preußen stützt, wie sie die deutschen Bestrebungen der preußischen Fortschrittspartei in ihrer Halbheit erhält, — so fördert sie den Preußenhaß außerhalb Preußen. Wie kann man von den Bayern, von den Schwaben, den Badenern, den Oestreichern nur verlangen, daß sie die „preußische Spitze" heute, wie sie sich bietet, genehm finden sollen. Die Schwaben treten vollberechtigt in ihrem altbewährten Bürgersinne dieser Anmaßung mit Hohn entgegen; die Bayern verstehen gar nicht, wie die Preußen zu dem wunderlichen Gedanken kommen, ihnen eine deutsche Gesammtregierung a la Bismark anzubieten; die Badener sehen darin in großer Mehrzahl eine Beleidigung des gesunden Menschenverstandes; die Oestreicher freuen sich des Unsinns, der ihre eigne Stellung in Deutschland verbessert.

„Also trotz Bismark und dem preußischen Junkerthum, trotz octroyirter Verfassung, trotz eines rechtlosen, mißachteten und verhöhnten Volkshauses, trotz der musterhaften preußischen Rechtspflege unserer Tage, trotz der Armeereorganisation, trotz Bredinken und Glogau! — bietet Ihr uns die „preußische Spitze!" Darin sehen die Nichtpreußen in großer Mehrzahl nichts als eine vollkommen unberechtigte, verachtungsvolle, hochmüthige Anmaßung, die dann nur noch mit der kecken Verhöhnung Andersdenkender, wie sie in der Sprache des neuen Donquixot des Preußenthums, Herr Weber von Staade, liegt, geboten zu werden braucht, um meist in mitleidiger Verachtung zurückgewiesen zu werden.

Die „preußische Spitze" ist heute, wie sie geboten wird, die Hauptursache des vielfach sich immer schärfer aussprechenden Gegensatzes gegen Preußen. Die „preußische Spitze" ohne ein, auf Parlament und Reichsverfassung fußendes, durch und durch deutsches Regiment in Preußen, hat keine andere Berechtigung, als den preußischen Hoch-

Digitized by Google

muth, den preußiſchen Partikularismus von der einen, die Mattherzigkeit der Nationalvereinsführung, der gothaiſchen Richtung von der andern Seite; jene ruft den antipreußiſchen Partikularismus aller nichtpreußiſchen Stämme wach, und dieſe empört das ſtolze Vaterlands-, Freiheits- und Rechtsgefühl der rüſtigſten Kämpfer für eine beſſere Geſtaltung der deutſchen ſtaatlichen Zuſtände.

6.

Dieſe Gefahren waren vom erſten Tage der Gründung des Nationalvereins vorherzuſehen. Sie wurden auch vom erſten Tage an bekämpft. In Frankfurt, wo der Verein eigentlich gegründet wurde, traten ſich die Gegenſätze bereits klar gegenüber. Die „Preußen", vereinigt mit den Gothaern, die in der Paulskirche das preußiſche Kaiſerthum durchgedrückt hatten, arbeiteten ſchon damals auf eine rein preußiſche Färbung des Vereins, auf einen prinzipiellen Ausſchluß Oeſterreichs hinaus. Die Bewußt-Deutſchen, die Süddeutſchen, die Schwaben insbeſondere, retteten dem Verein die deutſche Färbung, wodurch dann zuletzt das folgende Compromiß zu Stande kam und zur erſten, nach allen Seiten hin ſchwankenden, Grundlage des Vereins gemacht wurde.

„Das deutſche Volk", ſo heißt der Beſchluß der erſten Generalverſammlung des Nationalvereins in Frankfurt, der die Richtung des Vereins grundſätzlich feſtſtellen ſollte, „wird ſeinen Anſpruch auf bundesſtaatliche Einheit, welcher durch das Geſammtorgan des Bundes und alle einzelnen deutſchen Regierungen anerkannt iſt und in der Reichsverfaſſung von 1849 ſeinen rechtlichen Ausdruck gefunden hat, nimmermehr aufgegeben."

„Hiernach erkennt es der Nationalverein für ſeinen Beruf, auf die Schaffung einer einheitlichen Centralgewalt und eines deutſchen Parlaments mit allen geſetzlichen Mitteln hinzuwirken. Zu den Befugniſſen der Centralgewalt gehört vor Allem die militäriſche Obergewalt und die ausſchließliche Vertretung gegenüber dem Ausland."

„Der Nationalverein erwartet, daß jeder deutſche Volksſtamm willig die Opfer bringen werde, die zur Erreichung der

Digitized by Google

Größe und Einheit Deutſchlands nöthig ſind. Das preußiſche Volk vor Allem muß darthun, daß es trotz ſeiner glänzenden Geſchichte und trotz der Großmachtſtellung des preußiſchen Staats ſich als Theil des deutſchen Volkes fühle und daß es, gleich jedem anderen Staate Deutſchlands, der deutſchen Centralgewalt und Volksvertretung ſich unterordne."

„Wenn die preußiſche Regierung die Intereſſen Deutſchlands nach jeder Richtung thatkräftig wahrnimmt und die unerläßlichen Schritte zur Herſtellung der deutſchen Macht und Einheit thut, wird gewiß das deutſche Volk vertrauensvoll die Centralgewalt dem Oberhaupt des größten reindeutſchen Staates übertragen ſehen."

„Der Nationalverein gibt keinen Theil des deutſchen Bundesgebietes auf. Er erkennt die deutſchen Provinzen Oeſtreichs als natürliche Beſtandtheile des Vaterlands und wird mit Freude den Augenblick begrüßen, welcher den Anſchluß dieſer Provinzen an das geeinigte Deutſchland möglich macht."

„Die Gemeinſamkeit des Bluts, der Geſchichte, der Intereſſen weiſen uns auf die innigſte Verbindung mit ihnen hin, auf eine durch Uebereinſtimmung der politiſchen Inſtitutionen und durch den ungehemmteſten, geiſtigen und wirthſchaftlichen Verkehr inniger als bisher geknüpfte Verbindung. Der Verein wird aber auch, falls die Macht der Verhältniſſe und unbeſiegbare Hinderniſſe die deutſchen Theile Oeſtreichs vom gleichzeitigen Anſchluß an den deutſchen Bundesſtaat abhalten, ſich hierdurch nicht hindern laſſen, die Einigung des übrigen Deutſchlands anzuſtreben."

„Wie ſich auch in der nächſten Zukunft das Verhältniß dieſer Provinzen zu dem übrigen Deutſchland geſtalten mag: der Verein hält feſt an der Zuverſicht, daß jener unvertilgbaren inneren Gemeinſchaft auch die rechte Form der äußeren politiſchen Einigung auf die Dauer nicht fehlen kann."

Im Andenken an die eben noch drohende Kriegsgefahr wurde hervorgehoben, daß der Centralgewalt vor Allem die militäriſche Obergewalt gebühre; — die Preußenfreunde betonten dann die Hoffnung, Preußen zur Centralgewalt Deutſchlands erhoben zu ſehen; — die Freunde Geſammtdeutſchlands

Digitized by Google

traten für die Reichsverfassung, das Parlament, ganz Deutschland, deutsch Oestreich nicht ausgeschlossen, ein.

Eine feste grundsätzliche Unterlage aber gewann der Nationalverein erst in der dritten Generalversammlung, die am 6. Oktober 1862 stattfand, und welcher der erste Congreß des deutschen Abgeordnetentages in Weimar vorangegangen war.

Auf diesem „Abgeordnetentage" in Weimar wurde, dem vagen Phrasenantrage des damaligen Ausschusses des Abgeordnetentages — vielfach dieselben Leute, die auch die tonangebenden Mitglieder des Ausschusses des Nationalvereins sind — gegenüber eine Rechtserklärung der deutschen Nation angenommen, dahin lautend:

„1) Die bundesstaatliche Einheit Deutschlands wie sie, unbeschadet der Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Staaten in innern Landesangelegenheiten, in der deutschen Reichsverfassung vom 28. März 1849 ihre rechtliche Verwirklichung gefunden hat, ist eine politische Nothwendigkeit für die Selbsterhaltung und das Ansehen Deutschlands nach Außen, so wie für die Begründung und Festhaltung der Freiheit und eines gesicherten Rechtszustandes nach Innen. Sie kann nur herbeigeführt werden durch Einberufung eines Parlaments. Die Herstellung eines solchen für ganz Deutschland ist ein Recht des deutschen Volkes. Dessen Errichtung mit allen gesetzlichen Mitteln zu betreiben, ist die Pflicht eines jeden Deutschen, sowie aller deutschen Regierungen und Landtage."

„2) Das deutsche Parlament muß aus freien Volkswahlen hervorgehen."

3) (Bezieht sich auf das damals vorgeschlagene Bundesschiedsgericht, welches der Abgeordnetentag einfach zurückwies.)

„4) Die nationale Einigung hat das gesammte Deutschland zu umfassen; es darf nicht nur kein deutscher Bruderstamm ausgeschlossen werden, sondern es ist ebenso das Recht wie die Pflicht aller einzelnen Staaten dem Gesammtverband sich anzuschließen. Dies gilt namentlich auch in Beziehung auf das Verhältniß Deutsch-Oestreich. Sollten aber zu der

Digitized by Google

Herstellung einer Deutsch-Oestreich umfassenden bundesstaatlichen Einigung für den Anfang unübersteigliche Hindernisse im Wege stehen, so darf dies für die übrigen Staaten kein Abhaltungsgrund sein, mit der Ausführung des nationalen Werkes an ihrem Theile zu beginnen. Dagegen ist der Eintritt der bisher nicht im deutschen Bunde befindlichen Länder Oestreichs unvereinbar mit dem nationalen Bedürfniß des deutschen Volkes."

„5) Die Frage über die deutsche Exekutivgewalt ist unter Mitwirkung und Zustimmung des deutschen Parlaments zu regeln." *)

Von dem Weimarer Abgeordnetentage reisten die Führer des Nationalvereins zur dritten Generalversammlung des Vereins, wo dann acht Tage später diese die Rechtserklärung des Weimarer Abgeordnetentages auch zur Grundlage des Nationalvereins machte, die Reichsverfassung von 1849 mit ihren Grundrechten und ihrem Wahlgesetz, und ebenso das deutsche Parlament mit seinem Rechte die Centralgewalt zu vermitteln auf die Fahne des Vereins schrieb, indem sie den folgenden Beschluß annahm:

„Gegenüber den von den deutschen Regierungen an den Bundestag gebrachten Vorschlägen erklärt, auf der Grundlage des Programmes vom 4. Sept. 1860, die Generalversammlung des Nationalvereins:

> das deutsche Volk kann nicht mit dürftigen Ausbesserungen einer Bundesverfassung abgefunden werden, deren innerstes Wesen die Zersplitterung und politische Ohnmacht ist. Es kann nimmermehr befriedigt oder beschwichtigt

*) Der Antrag hat eine nicht uninteressante Genesis. Er wurde von J. Venedey, Schuler von Jena, Fetzer, den beiden Seeger, Goltber, Walther, Schott, Ammermüller, Süßkind, Dessner eingebracht. Nachdem ihn Venedey gegen den Antrag des Ausschusses vertheidigt hatte, wurde er von den Führern des Abgeordnetentages, den Führern des Nationalvereins, im engern Kreise berathen und endlich als der Antrag der Herrn von Bennigsen, Fries, Metz, Schulze-Delitzsch wieder eingebracht. An die Stelle unseres klaren Ausspruches: "Pläne, welche — auf Ausschließung anderer deutscher Länder aus dem engern Bunde berechnet erscheinen, sind zu verwerfen"; — war aber der gothaisch-geschmeidige §4 des „verbesserten" Antrags getreten. Siehe: Verhandlungen des Congresses deutscher Abgeordneter in Weimar. Weimar 1862. S. 24 und S. 58.

Digitized by Google

werden durch das Zerrbild der Delegirtenverſammlung und ähnliche Erfindungen, welche die innern Schäden nur zu verſchleiern, nicht zu heilen beſtimmt ſind. Dem Rechtsbewußtſein der Nation und ihrem Verlangen nach Macht und Freiheit entſpricht nur Eines, die Ausführung der Reichsverfaſſung vom 28. März 1849, ſammt Grundrechten und Wahlgeſetz, wie ſie von den legal erwählten Vertretern des Volks beſchloſſen ſind.

Auf die Verwirklichung dieſes Rechts, vor Allem auf die Berufung eines nach den Vorſchriften des Reichswahlgeſetzes gewählten Parlaments mit Ernſt und Kraft zu dringen, iſt die Aufgabe der nationalen Partei."

Es war mit dieſer Grundlage für den Abgeordnetentag und den Nationalverein ein Standpunkt gewonnen, der der engen preußiſchen Partei in Letzterm nicht zuſagen konnte. Nur ein deutſches Preußen paßte zu Reichsverfaſſung und Parlament; nur eine vom Parlament berufene „Spitze" war nach dieſem feſten und klaren Programm berechtigt; und die preußiſche Regierung mußte in deutſcher Bethätigung für Reichsverfaſſung und Parlament ſich die Stellung an der „Spitze" Deutſchlands erringen.

Die Heisſporne der „preußiſchen Spitze" mußten in dieſer Rechtserklärung eine Niederlage ſehen; die lauen Gothaer aber ſchreckten zuſammen, als die Reichsverfaſſung und ein die „Centralgewalt regelndes Parlament" für das Recht des deutſchen Volkes, die Pflicht des Volkes und der Regierungen erklärt wurden.

Dieſe Letztern fanden bald Gelegenheit, wieder wett zu machen, was ihrer Anſicht nach die Weimarer Rechtserklärung verdorben hatte. Das öſtreichiſche Bundesreformprojekt bot dieſe Gelegenheit.

Wir brauchen dieſes „Projekt" nicht näher zu kennzeichnen. Von Intereſſe aber iſt es zu ſehen, wie die Führer des Nationalvereins, die Tonangeber des Tages ſich demſelben gegenüber ſtellten.

Digitized by Google

Der Abgeordnetentag wurde nach Frankfurt berufen, und hier wurde ein Antrag eingebracht, deſſen Vertheidigung Hrn. Prof. Häuſſer übergeben wurde. Ob Prof. Häuſſer überhaupt Mitglied des Nationalvereins iſt, wiſſen wir nicht; in den Vordergrund deſſelben iſt er nie getreten. Er iſt der zungenfertigſte Vorkämpfer und wohl auch der gelungenſte Typus der Richtung, die ſich vielfach den Namen des Gothaerthums erworben hat. Wir ſagen mit Abſicht „Richtung", denn eine Partei iſt es nicht, ſondern eine Stimmung, eine Richtung, eine Charakterneigung, tapfer wo keine Gefahr droht, und klug bei Seite gehend, wo Gefahr eintritt. Die Mittelpartei, die oft mit Unrecht die gothaiſche genannt wird, hat auch ihre tapfern, opferbereiten, charakterfeſten Ehrenmänner, wie in der demokratiſchen Partei es auch Leute genug gibt, gothaiſcher Richtung ſtets bereit auszuweichen, nachzugeben, ſich zu fügen und zu ſchmiegen, wo der volle Ernſt der Dinge an ſie herantritt. Dieſe Richtung iſt das Unglück des deutſchen öffentlichen Lebens.

Es war nicht Zufall, wenn die Leute, die im Nationalverein ſo gut wie im Abgeordnetentag die Leitung in der Hand haben, gerade Hrn. Prof. Häuſſer die Vertheidigung der Stellung übertrugen, die dem öſtreichiſchen Reformprojekt gegenüber dem Abgeordnetentage angewieſen werden ſollte.

In der zweiten Reſolution des Frankfurter Abgeordnetentages heißt es: „Der Abgeordnetentag iſt nicht in der Lage, zu dem öſtreichiſchen Entwurfe, welcher den Staatenbund mit einer engern collegialiſchen Exekutive und mit einer Vertretung zu organiſiren ſucht, ſich lediglich verneinend zu verhalten."

Was dieſe geſchraubte Erklärung heißen ſollte, darüber belehrte uns erſt der Berichterſtatter, Herr Prof. Häuſſer, indem er ſagte: „Auf dem erſten Abgeordnetentage, es ſind noch nicht 12 Monate her, iſt ein Beſchluß über die Frage gefaßt worden, der Ihnen wohl Allen in der Erinnerung ſein wird und der ausdrücklich die Nothwendigkeit des Bundesſtaates als die Forderung des Abgeordnetentages bezeichnet. Gleichwohl glaubte der Aus-

Digitized by Google

ſchuß in dieſer gegenwärtigen Lage nicht ausſchließlich auf dieſer einmal angenommenen Poſition beharren zu müſſen. Er glaubte, daß er, wenn dies der Preis der Einigung und des Zuſtandekommens auch eines nur unvollkommenen Werkes wäre, wohl auch von einmal feſtgehaltenen Sätzen Einzelne Preis geben dürfe. In dieſem Sinne glaubt der Ausſchuß, ſo weit es ſich mit ſeinen Grundſätzen verträgt, nachgiebig und entgegenkommend ſein zu müſſen." — Alles das heißt klar: „Den Bundesſtaat geben wir einſtweilen auf und unterwerfen uns dem uns gebotenen Staatenbund." Dem wurden dann nachträglich alle möglichen und, nach der veränderten Stellung, unmöglichen Zuſatzbedingungen angehängt. Was ſolche einſeitigen Vorbehalte zu bedeuten haben, weiß Jeder.

Der Abgeordnete Völk aus Augsburg ſprach denſelben Gedanken noch klarer aus, als Hr. Prof. Häuſſer. Er ſagte: „Es iſt nicht der Bundesſtaat in dem Reformplan des Kaiſers von Oeſtreich enthalten, ſondern der Staatenbund mit dem Direktorium. Ich bin der Anſicht, daß wenn wir auf Grundlage des Direktoriums und auf Grundlage des Staatenbundes Verbeſſerungen erhalten können, daß wir dieſelbe anzunehmen haben, ſo lange Sie nicht das Ideal in's Leben treten laſſen können, das Sie wünſchen. — Ich glaube, darin die Zuſtimmung meiner Landsleute hier anszuſprechen, und meiner Landsleute dort an der Iſar, wenn ich Sie dringend bitte, darin, daß das Direktorium und der Staatenbund Gegenſtand der Reform iſt, nicht etwas Unannehmbares zu finden; man findet darin bei uns in Bayern etwas Annehmbares, man ſieht darin einen Fortſchritt."

„Annehmen" iſt nur ſo eine Redensart. Wir hatten weder anzunehmen, noch abzulehnen. „Annehmen" heißt hier: „ſich fügen, ſich den Staatenbund und das Direktorium, wie Oeſtreich dieſelben bietet, gefallen laſſen", dieſelben als „einen Fortſchritt begrüßen" ſich in gewohnter Unterthänigkeit das neuangeſtrichene alte Joch noch

Digitized by Google

einmal aufbürden zu lassen, und so dem östreichischen Reformprojekte unter die Arme zu greifen.

Wunderlich genug ist dann, daß Schulze-Delitzsch zwischen Häusser und Völk hintretend sagen konnte: „Ich stehe vollständig auf dem Boden der Ausschußanträge. Ich würde es für einen großen politischen Fehler halten, wenn Sie eben nur einfach — ablehnen, obgleich wir Alle diese Exteusion des Staatenbundes ebenso bestimmt verwerfen, als wir am Bundesstaate festhalten."

Dieser wurzelgreifende Widerspruch zwischen den drei bedeutendsten Vertheidigern des Frankfurter Ausschußantrages bekundet am besten, wie dehnbar der Antrag selbst war; bekundet zugleich aber auch, wie das Vermeiden einer entschiedenen Stellung dem Reformprojekte Oestreichs gegenüber die Stellung der Volks- und Freiheitsmänner fälschte, wie das „Preisgeben von einmal festgehaltenen Sätzen", das „Aufgeben der einmal eingenommenen Position", das „Nachgeben und Entgegenkommen" — die Freunde des Volkes und der Freiheit in eine Lage brachte, in der sie einander nicht mehr verstanden, in der sie an demselben Seile jeder nach seiner Richtung hin ziehend, — alle nicht von der Stelle kommen konnten.

Dies „Nachgeben und Entgegenkommen", dies „Preisgeben von einmal festgehaltenen Sätzen", dies „Aufgeben der einmal eingenommenen Position" — ist das innere Wesen der Schwäche, die von jedem Winde der Macht hin- und hergeweht wird. In der Paulskirche hat die große Partei, die alle Fragen durch Majoritäten entschied, durch diese Schwäche sich von einer Position zur Andern und zuletzt aus der Paulskirche, aus der Kirche zu Erfurt und aus allen Abgeordnetenhäusern in ganz Deutschland hinaustreiben lassen.

Männliche Entschiedenheit, Festhalten an dem Grundsatze, den man aufgestellt, Vertheidigung der einmal eingenommenen Position bis zum letzten Athemzuge — das ist es, was zum Siege verhilft. Die Nation hat unter dem elenden Beispiele, das ihr die nachgiebige, entgegenkommende, rechnungtragende gothaische Schönrednerei der Paulskirche, die, sobald die Macht ihr gegenüber-

Digitized by Google

trat, das Feld räumte, gegeben, mehr denn ein Jahrzehent darniedergelegen. Wer den Anspruch macht, zu den Führern der Nation gehören zu wollen, der prüfe Herz und Nieren, ob er — nicht den Todesmuth der Kugel gegenüber, denn der ist leicht — wohl aber den Muth des Festhaltens „an der einmal gewonnenen Position" hat; ob er sich bewußt, daß er für die Ehre des Kampfes, den er übernommen, selbst den Scheinvortheil des Augenblickes zurückzuweisen entschlossen ist, sobald er diesen Vortheil nur mit der Schmach, seine Fahne auch nur einen Augenblick gesenkt zu haben, erkaufen muß. — Das augenblickliche Unterliegen ist der Uebel größtes nicht, so lange man mit jenem Könige Frankreichs sagen kann: „Alles verloren, nur die Ehre nicht."

Die Klügeler, die Diplomaten, die Rechnungsträger, die Tüftler, die Springer, die Halben — die überall bereit sind auszuweichen, nachzugeben, entgegenzukommen, — die gehören vor Allem nicht an die Spitze der Kämpfer, und überhaupt nicht in die ersten Linien der Vertheidiger der Volksrechte und der Volksfreiheit. Die deutsche Nation wird Etwas nur durch das Beispiel kalten Muthes, stolzer Männlichkeit, ruhiger Charakterfestigkeit in den Vorkämpfern ihrer Sache.

Das ist die Eigenschaft, die den Leitern der Nation den Stempel ihres Berufes aufdrückt. Und wer diesen Stempel nicht an der Stirne trägt, der trete zurück in die gefahrlosen Reihen des Hintertreffens, dem zeige das Volk den Platz, der ihm gebührt, hinter dem Pfluge, in der Werkstatt, in der Schreibstube, auf dem Lehrstuhl — schicke ihn aber nicht auf das Forum, wo die Geschicke der Nation entschieden werden sollen.

8.

In seiner Rede, mit welcher Schulze-Delitzsch für die von Herrn Professor Häuser und Herrn Völk in ein so klares Licht gestellte Resolution eintrat, sagte er an einer anderen Stelle: „Die preußische Spitze ist augenblicklich unmöglich." Wir möchten unsererseits sagen, sie ist überhaupt noch nicht einen Augenblick möglich gewesen, und sie wird nicht einen Augenblick möglich sein, wenn das preußische Staatsleben nicht auf die

Digitized by Google

Reichsverfassung und das Parlament gefußt wird. Von der Stunde an aber, daß dies der Fall, wird die „preußische Spitze" nicht nur möglich, sondern fast unvermeidlich, wenn bis dahin die junkerliche Anmaßung, die nationalvereinlichen Winkelzüge für die „preußische Spitze", dem deutschen Volke „Preußen" nicht so gründlich verhaßt gemacht haben, daß dieser Haß in ganz Deutschland der „preußischen Spitze" den Weg versperrt.

Der Gedanke: „Die preußische Spitze ist augenblicklich unmöglich!" beherrschte damals die große Masse aller Anhänger dieser „Spitze"; und in diesem Gefühle liegt dann die Ursache, daß man sich sagte: „Nun, so versuchen wir, was bei dem östreichischen Direktorium mit dem verbesserten Staatenbunde herauskommen kann."

Auf der Generalversammlung des Nationalvereins, die bei Gelegenheit des Leipziger Jubiläums stattfand, sollte dieser Gedanke verblümt ebenfalls ausgesprochen werden. Die vom Vorstand vorgeschlagene Resolution in der deutschen Frage erklärte sich gegen die östreichische Reformacte und ebenso gegen die preußischen Gegenvorschläge; dann aber hieß es schließlich: „Die Nationalpartei hält fest an der Reichsverfassung. Ihr Ziel ist und bleibt die Herstellung eines wahren Bundesstaates. Sie verwirft kein Mittel, welches uns diesem Ziele wirklich näher bringt. Nie aber wird sie den Rechtsboden der Nation preisgeben. Nur das deutsche Volk selbst in einem freigewählten Parlamente kann über sein Verfassungsrecht entscheiden."

Ueber die obige Stelle: „Die Nationalpartei verwirft kein Mittel, welches uns dem Ziele des Bundesstaates wirklich näher bringt", sagte der Berichterstatter, Hr. Miquèl aus Göttingen:

„Es sind wohl Einige unter uns so weit gegangen, zu sagen: man dürfe nie und unter keinen Umständen Uebergangsstadien acceptiren; man müsse starr und blind an der Reichsverfassung festhalten; sie sei der Rechtsboden, den man nie preisgeben dürfe; sie sei das einzige mögliche Panier des deutschen Volkes; man müsse nicht schrittweise vorgehen und sich überall nur an die Reichsverfassung halten. Meine Herrn,

Digitized by Google

Der Ausschuß ist dieser Ansicht nicht; er will diese Frage aber jetzt nicht entscheiden; er will den zukünftigen Ereignissen diese Frage überlassen; er kann und will aber nicht von vorneherein die Möglichkeit der zeitweiligen Annahme eines Uebergangsstadiums zurückweisen. — — Es wäre eine schlechte Politik, wenn wir einen Weg zurückwiesen, der zwar nicht auf einmal, aber nach und nach zum Ziele führt. — — — Wir haben geglaubt, einen Satz in die Resolutionen aufnehmen zu müssen, der dem Mißverständniß begegnet, daß wir die Reformakte nur deßhalb zurückwiesen, weil sie nicht die Reichsverfassung ist."

Viel feiner gesagt, viel klüger gewendet, — ist und bleibt doch diese Auffassung vollkommen dieselbe, wie die der Herren Häuser und Völk im Abgeordnetentage.

„Das östreichische Reformprojekt ist vollkommen verwerflich, aus hundert und Einem Grunde; das deutsche Volk kann nicht mit dürftigen Ausbesserungen einer Bundesverfassung abgefunden werden, dem Rechtsbewußtsein der Nation — entspricht nur Eines, die Reichsverfassung sammt Grundrechten und Wahlgesetz — — aber, unterdessen, nichtsdestoweniger!" — O Ihr Klugen!

Hat es Euch Etwas genutzt, daß Ihr Eueren reinen Mantel ausgezogen und ihn der edeln Donna, die Euch gegenüberstand, vor die Füße geworfen, um ihr durch den Koth hindurchzuhelfen? —

Genutzt, wahrlich nicht. Wohl aber geschadet; denn die Nation begreift solche Klügelei nicht, sie diplomatelt nicht, sie folgt den Tapfern, denen, die g'radeaus gehen, und steht stutzig stille, wenn Einer im Zickzack seinem Ziele zuschwankt; sie kehrt sich ab, wenn der Führer sie zu einem Halt im Kothe geleiten will.

Nationen werden nur groß an dem großen Beispiele ihrer Männer; sie werden klein und schüchtern, wenn ihre Führer nicht das Vertrauen in sich selbst, durch — immerhin noch so bescheidenes, doch im Wesen — festes Auftreten, offene Hingebung, williges Opfer und rückhaltlosen Kampf für das Höchste zu erwecken verstehen. Die Diplomaten mögen klügeln, die

Digitized by Google

Volksführer aber verlieren überall das Spiel, wo sie dem Volke den Glauben nicht geben können, daß ihre Sache über alles Klügeln, über alle feigen „Wenn und Aber" erhaben ist.

9.

Aus dem „politischen Berichte", den Herr Brater in der Generalversammlung des Nationalvereins zu Eisenach erstattete, ersehen wir, daß der Ausschuß des Nationalvereins eine „zur Verständigung über das östreichische Reformprojekt bestimmte Zusammenkunft" nach Nürnberg ausgeschrieben hätte.

Wie die Leiter des Nationalvereins, wenn sie für die „preußische Spitze" thätig sein zu können glauben, ihre Versammlungen in Norddeutschland halten, so war es auch nicht Zufall, daß die Versammlung „zur Verständigung über das östreichische Reformprojekt" in Nürnberg gehalten werden sollte. Daß es dabei auf eine Verständigung ganz besonders mit den „Großdeutschen" — wie die östreichische Partei in Deutschland, meist vollkommen unberechtigter Weise sich nennt — abgesehen war, geht aus dem Berichte des Herrn Brater ebenfalls hervor. Unwillkührlich läßt er die geheimen Fäden gewisser Lenker des Nationalvereins durchschimmern, wenn er uns bei Gelegenheit der Nürnberger Versammlung sagt, daß das „Bündniß der Parteien" — der Großdeutschen und des Nationalvereins — gelungen sei, „nachdem die Führer der großdeutschen Partei in ihrer Scheu vor einer volksthümlichen Organisation bestimmt wurden, gegen die Einsetzung des Sechsunddreißiger-Ausschusses zu protestiren und ihren Eintritt zu verweigern." So wurde „den freisinnigen Bestandtheilen beider Parteien ein aufrichtiges Zusammenwirken möglich."

„Der Ausschuß des Nationalvereins zögerte nicht, hierzu auch seinerseits die Hand zu bieten. Er beschloß am 22. Dez. die Auflösung seines besondern schleswig-holsteinischen Ausschusses, dessen Mitglieder in den Ausschuß der Abgeordnetenversammlung und zum Theil in die geschäftsleitende Kommission desselben eintraten, überantwortete diesem seine Papiere, sowie die gesammelten Gelder im Betrage von 29,600 fl."

Digitized by Google

Dieſer Auflöſung des Nationalvereinsausſchuſſes für Schleswig-Holſtein war am 21. Novbr. die Sitzung der Abgeordnetenverſammlung in Frankfurt vorhergegangen; und in dieſer Sitzung war die Bildung des Sechsunddreißiger-Ausſchuſſes zu Stande gekommen, in welchen neunzehn Mitglieder des Nationalvereins, die ſämmtlichen Lenker und Leiter deſſelben, gewählt worden waren

Wir wiſſen nicht, wer eigentlich alle dieſe feinen Fäden angeſponnen hat; nur ſo viel iſt ſicher, daß endlich ein wunderlich wirres Netz daraus gewebt werden konnte, ein Netz, in welchem auch Manche von denen am Ende feſthingen, die anfangs ganz unſchuldig an den Fäden mitgeſponnen hatten.

Was konnte nach den geſchraubten Erklärungen der Frankfurter Abgeordnetenverſammlung und des Nationalvereins über das öſtreichiſche Reformprojekt, die nürnberger Verſammlung zur Verſtändigung über dies Projekt zwiſchen Nationalvereinlern und Großdeutſchen beabſichtigen? Täuſcht nicht Alles, ſo würde hier des Pudels Kern, den Hr. Häuſer ſo klug zu verdecken wußte, und den Hr. Miquèl ſo tapfer mit Fußtritten unter die Bank jagte, an den Tag gekommen ſein. Die Verſammlung zu Nürnberg würde die Beſahung gefunden haben für das öſtreichiſche Reformprojekt, dem gegenüber man ſich ja nicht „rein verneinend" verhalten durfte; — würde dem „Mittel" auf die Beine geholfen haben, das der Nationalvereinsausſchuß als zum Ziele des Bundesſtaats führend nicht verwerfen zu dürfen glaubte.

Das hat nun glücklicher Weiſe der Tod des Königs von Dänemark verhindert, der dieſem „Tage von Nürnberg" „zur Verſtändigung über das öſtreichiſche Reformprojekt zwiſchen dem Nationalverein und den Großdeutſchen" noch rechtzeitig in die Quere kam.

„Das Bündniß der Parteien" in Nürnberg hatte dann aber doch die Folge, daß an die Stelle des Nationalvereinsausſchuſſes die „allgemeine Abgeordnetenverſammlung" und der Sechsunddreißigerausſchuß traten.

Die Auflöſung des ſchleswig-holſteiniſchen Ausſchuſſes des Nationalvereins, die Ueberſiedelung des ganzen Nationalvereins in

Digitized by Google

die „allgemeine Abgeordnetenversammlung" hat grundsätzlich und praktisch seine Bedeutung. Grundsätzlich fußte der Nationalverein in der Reichsverfassnng und dem Parlamente, die für ihn ja selbst dem östreichischen Reformprojekt gegenüber grundsätzlich aufrecht erhalten werden sollte. Die aus dem „Bündniß der Parteien" hervorgegangene „allgemeine Abgeordnetenversammlung" hatte hier „freie Hand"; sie fußte grundsätzlich in Nichts, und so gab sie dann auch sehr bald die Losung, die Parlamentsfrage für einen Parteiruf zu erklären, der jetzt schweigen müsse.

Practisch, thatsächlich hatte der Ausschuß des Nationalvereins, kaum vier Wochen bevor er sich in den Sechsunddreißigerausschuß verpuppte, am 24. Nov. einen Aufruf erlassen, in welchem er „die Nation mahnte", wie Hr. Brater in seinem Bericht sagt, „Mannschaften, Waffen und alle Mittel zur Unterstützung der Herzogthümer in Bereitschaft zu halten." Er hatte einen besonderen Schleswig-Holstein-Ausschuß eingesetzt, „mit dem Auftrage, die Sammlungen der Geldmittel einzuleiten, den Zuzug von Freiwilligen zur schleswig-holsteinischen Armee vorzubereiten, die Uebung in den Waffen zu fördern, die Kundgebung des Volkswillens durch öffentliche Versammlungen und durch die Presse anzuregen und auf alle Art für die Sache der Herzogthümer thätig zu sein."

Der Schleswig-Holstein-Ausschuß des Nationalvereins sollte die schleswig-holsteinische Sache zur Sache der Nation machen; die Abgeordnetenversammlung zu Frankfurt und ihr Sechsunddreißiger-Ausschuß halfen sie zur Sache der Kabinete machen; indem der Sechsunddreißiger-Ausschuß seine eigene Thätigkeit auf matte Resolutionen und Geldsammeln beschränkte und Allem aufbot, daß die ganze Volksbewegung in Deutschland auf diesen Standpunkt herabgeschraubt wurde.

10.

Das Bündniß der „freisinnigen Bestandtheile beider Parteien", das zur Beseitigung des Schleswig-Holstein-Ausschusses, und zur Brachlegung des Nationalvereins führte, beseitigte gleichzeitig den „deutschen Abgeordnetentag." Die Leiter der Nürnberger Versammlung setzten es durch, daß an-

Digitized by Google

ſtatt des conſtituirten allgemeinen deutſchen Abgeordnetentages nur die „derzeitigen" Abgeordneten nach Frankfurt berufen werden ſollten, um hier die Volksbewegung in der ſchleswig-holſteiniſchen Frage in die Hand zu nehmen. Der „allgemeine deutſche Abgeordnetentag", wie er in Weimar zu der maßgebenden Rechtserklärung geführt und in Frankfurt über das öſtreichiſche Reformprojekt getagt hatte, fußte, mit dem Nationalverein, auf der Reichsverfaſſung und dem Parlamente. Die „derzeitigen" Abgeordneten, wie geſagt, hatten „freie Hand." Mit der ausſchließlichen Berufung der „derzeitigen" Abgeordneten aller beſtehenden Kammern, waren alle frühern Abgeordneten, und ganz beſonders die Mitglieder des Frankfurter Parlaments*) und alle durch die Bewegung von 1848 in die deutſchen Kammern eingetretenen, durch die Reaktion, die oktroyirten Verfaſſungen und oktroyirten Wahlgeſetze wieder beſeitigten Freunde deutſcher Freiheit und Einheit von der Verſammlung in Frankfurt ausgeſchloſſen.

Es konnte dies für die Leiter ſicher kaum Zufall ſein. Der deutſche Abgeordnetentag war feſt konſtituirt. Er hatte ſein Grundgeſetz, Reichsverfaſſung und Parlament; er hatte in Weimar und Frankfurt ſich über die Lebensfragen des Tages ausgeſprochen, einen bleibenden Ausſchuß gewählt, und ſich ſelbſt ein Geſetz gegeben, das dieſen Ausſchuß verpflichtete, alljährlich einen ordentlichen und „ſo oft wichtige und dringende Fragen dies erfordern" (§. 3 und 4 der Satzungen) einen außerordentlichen allgemeinen Abgeordnetentag zu berufen.

*) Jedes Mitglied des Frankfurter Parlaments, das bis zum Ende ſeiner Pflicht treu geblieben und nicht ausgetreten war, hätte freilich vor die Mitglieder „derzeitiger" Kammern hintreten und ſagen können: „Wir Frankfurter-Stuttgarter Parlamentsmitglieder ſind berechtigte „derzeitige" Vertreter des Volks, denn das Parlament iſt nie aufgelöst, nur durch Gewalt verhindert, ſeine Pflicht zu thun. So vollberechtigter derzeitiger Vertreter der Nation wie die Mitglieder des Frankfurter Parlaments iſt ſicher kein derzeitiges Mitglied irgend einer Kammer!" — Wer mit dieſer Berechtigung in die Verſammlung „derzeitiger" Abgeordneten zu Frankfurt getreten wäre, würde die Erfahrung gemacht haben, daß ſein Ausſchuß wenigſtens von Seiten der Führer gothaiſcher Richtung beabſichtigt war.

Digitized by Google

Dieſelben Leute, die im Nationalvereinsausſchuß, dieſelben, die ſpäter im Sechsunddreißiger-Ausſchuß tonangebend waren, ſaßen auch im Vorſtand des Abgeordnetentages. Es mochte der Gründe viele geben, die „derzeitigen" Abgeordneten, und nicht den „allgemeinen deutſchen Abgeordnetentag" zur Leitung der ſchleswig-holſteiniſchen Bewegung zu berufen. In wie weit aber dieſe Gründe gegenüber den thatſächlichen Verhältniſſen durchſchlagend waren, das läßt ſich beſtreiten. Für die Leute aber, die ſich dem öſtreichiſchen Reformproject gegenüber nicht „verneinend" verhalten wollten, die dies Projekt für ein „Mittel" erklärten, das zum Bundesſtaate führe, — die in Nürnberg eine Verſammlung von Klein- und Groß-deutſchen beriefen, um ſich über das öſtreichiſche Reformprojekt zu verſtändigen, die endlich ein „Bündniß der beiden Parteien" durchſetzten, — war ſicher ein perſönlicher Grund nicht der wenigſt durchſchlagende. Nach dem Verzeichniß der Mitglieder des Frankfurter Abgeordnetentages von 1863 ſind nicht weniger als 120 Mitglieder deſſelben von der Verſammlung „derzeitiger" Abgeordneten ausgeſchloſſen.*)

Die Namen der Ausgeſchloſſenen genügen, um zu bekunden, daß ſo die Leiter der Bewegung des Tages, die Mehrzahl ihrer Gegner, der Führer der Oppoſition im Abgeordnetentage und im Nationalverein, die „Linke", wenn wir es ſo nennen ſollen, beſeitigt hatten.

Von noch größerer Bedeutung war, daß durch den Beſchluß nur „derzeitige" Abgeordnete zu berufen, auch das Volk von Schleswig-Holſtein in der „derzeitigen Abgeordnetenverſammlung"

*) Die folgenden Mitglieder des Stuttgarter Rumpfparlaments, Bermbach, Fehrenbach, Friſch, Hehner, Heldmann, Levyſohn, Nägele, Reinhard, Reinwald, Roßmäßler, Schüler von Jena, Tafel von Stuttgart, Venedey, — alle andern Parlamentsmitglieder, die dem Abgeordnetentage beigetreten waren, Biedermann, Bonardy, Briegleb, Eyrim, Compes, Enders, Gagern, Gulich, Marſchal, Pinkert, Welker, Zell. Die Mitglieder der preußiſchen Nationalverſammlung, Arnold, Blöm, Druckenmuller, Fiſcher, Grün, Krackrüge, ꝛc., die der ſächſiſchen Kammern, die ſich nicht in die oktroyirten Wahlgeſetze gefügt, Brockhaus, Röckel ꝛc., die des mecklenburger 1848er Landtages, Bold, Deiters, Kippe, Lehmann, Markus, Pohle, die beiden Wiggers ꝛc. ꝛc. waren ausgeſchloſſen.

Digitized by Google

ohne Vertretung war, da eine „derzeitige" Volkskammer für Schleswig und Holstein nicht bestand.

Die „derzeitigen" Abgeordneten der deutschen Kammern sind fast durchgehend die Gewählten der Reaktionsperiode, gewählt durch oktroyirte Wahlgesetze zu oktroyirten Kammern. Wir machen daraus Niemanden einen Vorwurf; das aber scheint uns des Vorwurfes werth, daß die Führer der deutschen Volkssache im Augenblicke der Krisis, um ein Bündniß mit den „Großdeutschen" zu Stande zu bringen, eine Masse Männer zurückdrängten, die immerhin nicht durch oktroyirte Wahlgesetze zu oktroyirten Kammern, sondern, durch das Volk zum ersten deutschen Parlament und zu den Versamlungen des Jahres 1848 gewählt, in allen Krisen der Freiheit und Einheit Deutschlands treu geblieben waren.

Das nürnberger „Bündniß", das die Großdeutschen von Süddeutschland herbeizog, und das die Linke des Abgeordnetentages beseitigte, hat zu dem Ausschusse der Sechsunddreißig geführt, der, in sich lahm, auch nicht eine Minute die Regierungen zu verhindern versucht hat, zu thun, was sie wollten, und der es mitzuverantworten haben wird, wenn durch sein lahmes Gebahren das Volk immer kälter, immer theilnahmloser zusah, so daß schließlich die Kabinete allein über Schleswig-Holstein entscheiden, und diese Entscheidung, nach wie vor, Deutschland mit einem innern Kriege für und gegen — die Bismarck'sche Anmaßungen bedroht.

11.

Nach dem „Fiasko" des Sechsunddreißiger-Ausschusses mit seinem verbündeten Gothaerthum und Großdeutschthum ist nun der Nationalverein wieder hervorgetreten.

Und siehe, sie sind die Alten geblieben, die klugen und klügelnden Führer des Vereins. Trotz der elenden Niederlage in dem Sechsunddreißiger-Ausschuß, trotz der schauerlichen Verwirrung, die preußische Anmaßung in Schleswig-Holstein und in ganz Deutschland hervorgerufen hat, — dasselbe Herauskehren des Grundsatzes der Einheit und Freiheit Deutschlands und dieselbe Verleugnung dieses Grundsatzes der „preußischen Spitze" zu lieb.

Digitized by Google

In der deutschen Frage heißt der Antrag des Ausschusses der Eisenacher Generalversammlung:

„Der Nationalverein, durchdrungen von der gleichmäßigen Nothwendigkeit eines deutschen Parlaments und einer einheitlichen Centralgewalt, hält fest an seinem Beschlusse vom 6. Oktober 1862, durch welchen die Reichsverfassung sammt Wahlgesetz und Grundrechten als der Rechtsboden der Nation anerkannt wurde. Ueber den Träger der Centralgewalt hat die im Parlament vertretene gesammte Nation zu entscheiden. Dieser höchsten Entscheidung haben sich alle Parteien, Stämme und Staaten zu unterwerfen. So lange die freiheitsfeindliche und undeutsche Richtung der Regierungen in den Einzelstaaten, namentlich in Preußen, fortdauert, ist die Durchführung der Reichsverfassung unmöglich. Ohne das höchste Ziel der nationalen Bewegung nur einen Moment aus den Augen zu verlieren, ist es eine dringende Aufgabe des Vereins und die Pflicht der Vereinsgenossen, die freiheitliche Entwickelung in den Einzelstaaten mit thatkräftiger Benutzung aller verfassungsmäßigen Mittel zu erkämpfen und die in den partikularistischen Tendenzen der Regierungen und der Gesetzgebung der Einzelstaaten begründeten Hindernisse einer nationalen Entwickelung wegzuräumen. Hier ist das Feld, auf welchem die gemeinsame Arbeit an dem großen nationalen Werke angegriffen werden muß und mit sicherer Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden kann."

In der schleswig-holsteinischen Frage geht der Antrag des Ausschusses dahin:

„1) Der Nationalverein erklärt es für eine Pflicht des deutschen Volkes, zu wachen über das Selbstbestimmungsrecht der durch deutsche Tapferkeit befreiten Herzogthümer. Nur die Interessen Deutschlands dürfen es beschränken. Es ist daher Aufgabe der Vereinsgenossen, den Herzogthümern in dem Kampf gegen jede Vergewaltigung zur Seite zu stehen und mitzuwirken, daß endlich ihnen das

Digitized by Google

bisher mißachtete Recht zurückgegeben werde durch Einberufung der Landesversammlung, auf Grund des Staatsgrundgesetzes vom 15. Septbr. 1848 und die Anerkennung und Einsetzung des vom Lande berufenen Herzog Friedrich VIII."

2) Der Nationalverein verwirft auf das Entschiedenste die Annexion der Herzogthümer an Preußen als eine schwere Gefährdung der bundesstaatlichen Einigung der Nation.

3) Die deutschen Interessen, die Vertheidigung deutscher Küsten, deutscher Handel und deutsche Industrie verlangen dagegen die Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund, den Eintritt Schleswig-Holsteins in den Zollverein und, so lange eine deutsche Flotte nicht vorhanden, den maritimen Anschluß der Herzogthümer an Preußen

Die undeutsche und freiheitsfeindliche Haltung des Ministeriums Bismarck darf die unverzügliche Verwerthung der maritimen Kräfte der Herzogthümer für das Gesammtvaterland nicht verhindern.

4) Die vom Ausschuß eingeleitete Vereinigung mit den Patrioten anderer politischer Gesinnung zur Rettung der nationalen und politischen Unabhängigkeit der Herzogthümer ist bis zur vollständigen Durchführung des ganzen Rechtes derselben fortzusetzen."

In der deutschen Frage trägt der Nationalverein die deutsche Fahne hoch, Reichsverfassung sammt Wahlgesetz und Grundrechten, das Parlament zur Entscheidung über den Träger der Centralgewalt! Wer darf daran zweifeln, daß dies Alles vollkommen ernst gemeint sei? Sagen sie es doch selbst so eindringlich: „dieser höchsten Entscheidung haben sich alle Parteien, Stämme und Staaten zu unterwerfen!" Und damit Basta!

Und dann fahren sie mit der Thatsache in der schleswig-holsteinischen Frage durch das Spinngewebe ihrer eigenen Grundsätze hindurch und beschließen den „maritimen Anschluß der Herzogthümer an Preußen."

Digitized by Google

Wenn dieser maritime Anschluß der Herzogthümer an Preußen stattgefunden hat, dann ist Preußen thatsächlich die maritime Centralgewalt Deutschlands; denn wenn Preußen erst, wie in Danzig, Stettin und Stralsund, auch in Kiel, Eckernförde, Flensburg, Altona und Glücksburg, und wieder im Jahdebusen die beiden deutschen Meere beherrscht, dann ist die Centralgewalt Deutschlands wenigstens auf der See hergestellt. Reichsverfassung und Parlament haben dann das Nachsehen.

„Der Nationalverein hält es für Pflicht des deutschen Volkes, über das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer zu wachen" —; er „will den Herzogthümern in dem Kampfe gegen jede Vergewaltigung zur Seite stehen", — und gibt dann schließlich zum Voraus seine Zustimmung, wenn etwa Herr von Bismark, dem man die Flottengelder des Nationalvereins nicht mehr anvertraut, die Herzogthümer zum „maritimen Anschluß an Preußen" zwingen sollte.

Was heißt denn „maritimer Anschluß" der Herzogthümer an Preußen? Hat sich der Nationalvereinsausschuß in seiner Mehrheit überhaupt dabei klar gedacht, was dieser Ausdruck zu bedeuten haben soll? Thatsächlich heißt er, daß Herr von Bismark, daß das Junkerpreußen über die Häfen, die Marine, die Matrosen des Landes gebietet, daß die maritimen Kräfte der Herzogthümer unter den Oberbefehl Preußens gestellt werden. Wenn dies einmal thatsächlich durchgesetzt ist, dann kann die preußische Großmacht morgen die Marine der Herzogthümer beliebig gegen jeden Feind, — und zunächst, wenn das Bündniß zwischen Oestreich und Preußen zum Bruche mit Oestreich und dem deutschen Bunde geführt hat, wie dies, so lange Bismark in Preußen regiert, nur zu wahrscheinlich ist, — gegen Oestreich, gegen Hamburg, Bremen, Lübeck, Wismar und Rostock loslassen. Jedenfalls müßten die Herzogthümer, selbst wenn sie zu Lande in Frieden mit aller Welt lebten, zur See mit der Großmacht Preußen, so oft es dieser beliebte, ihre friedlichen Freunde und Nachbarn bekriegen.

Digitized by Google

Hat es nun nicht wenigstens den Schein der Heuchelei, wenn man dabei von „dem Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer" spricht, wenn man sich hierauf in die Brust wirft und sagt, daß man die Herzogthümer „gegen jede Vergewaltigung beschützen helfen wolle?" —

Und wenn wir dann von dem schleswig-holsteinischen Antrage wieder auf den Antrag in der deutschen Frage zurückgreifen und hören, wie hier der Ausschuß des Nationalvereins erklärt, daß es „die dringende Aufgabe des Vereins und die Pflicht der Vereinsgenossen ist — die in den partikularistischen Tendenzen der Regierungen der Einzelstaaten begründeten Hindernisse einer nationalen Entwicklung wegzuräumen" — so fragen wir, ob dies geschieht, wenn man die partikularistischen Tendenzen des Bismark'schen Regiments, die partikularistischen Tendenzen, die weit über dem Bismark'schen Regiment leider in der Mehrzahl aller Preußen liegen, durch die Macht, die man ihnen in den Herzogthümern gibt, stärkt und stählt? —

Entweder wissen die Lenker des Vereins nicht, was sie thun, oder es ist diese Grundsatzlosigkeit mit Heuchelei gepaart. Ersteres ist sicher bei sehr vielen der „Realpolitiker" des Nationalvereins der Fall; wie weit und ob überhaupt Letzteres bei Einzelnen mit Bewußtsein der Fall ist, bleibt dahin gestellt. In den Thatsachen, in den Worten — liegt die thatsächliche Heuchelei. Im besten Falle mag das mißhandelte, an Bismark verrathene, dem tiefsten Unheile zugesteuerte Vaterland sagen: „Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun!"

12.

Die Ursache dieser Widersprüche zwischen den Grundsätzen, die der Verein aufstellt, und den thatsächlichen Bestrebungen, denen die Führer den Verein zutreiben, — liegt vor Allem in dem Charakter, d. h. Charakterlosigkeit der gothaischen Stimmung. Diese Stimmung des Gothaers, das heißt des deutschen Philisters glaubt durch Nachgeben, Rechnungtragen, Sichfügen und Schmiegen am Ende doch Etwas zu erreichen; während er durch festes Auftreten, durch thatsächliches Festhalten an dem Grund-

Digitized by Google

ſatze ſich in Gefahr glaubt, von der Macht überrannt zu werden. Man nenne dieſe Stimmung Klugheit, Mäßigung, weiſe Vorſicht – auf das Wort kommts nicht an; in der That weicht dieſe Stimmung von jeder ernſten, feſten, entſchloſſenen That zurück.

So wichen die Gothaer in der Paulskirche von Stellung zu Stellung zurück, ſo hatten ſie überall dies und jenes Bedenken, trugen ſie überall der Macht Rechnung, duckten ſie ſich, wo ſie ihr aufrecht, männlich, ſtolz hätten gegenübertreten müſſen.

Und was hat es ſie genutzt? Sie wurden von der Paulskirche nach Erfurt getrieben und von Erfurt heimgeſchickt. Jedes Recht, das ſie vertheidigt hatten, das Recht der Reichsverfaſſung, der Grundrechte, Schleswig-Holſteins, die beſchworenen Landesverfaſſungen — wo ſind ſie geblieben? Hat man ſie ihnen nicht in octroyirten Verfaſſungen zerbrochen mit Hohn vor die Füße geworfen?

Und was hat es denn die Herren Häuſſer, Völk und die Andern genutzt, daß ſie dem öſtreichiſchen Reformprojekt gegenüber den Bundesſtaat bei Seite ſtellen und ſich den Staatenbund gefallen laſſen wollten?

Die Nation hat das Bewußtſein erlangt, daß die hohen, ſchönen Grundſätze — über Bord geworfen werden, ſobald die Klügler des Tages glauben, daß ein Vortheil geboten wird, der mit dem Aufgeben des Grundſatzes gewonnen werden könnte.

Und dies Beiſpiel vor Allem iſt die Urſache, daß die Nation hoffnunglos auf ihre Führer ſieht, — iſt die Urſache, daß die Gegner der nationalen Bewegung mit Hohn und Verachtung auf das Volk und ſeine Führer herabblicken.

13.

Die Neuzeit hat ein ſchönes Wort für die Afterklugheit gefunden, die den Grundſatz opfert, wenn der Schein eines Erfolges lockt. Sie nennt dieſe Art: „Realpolitik.“ Und die Führer des Nationalvereins glauben ſich berufen, „Realpolitik“ zu treiben. Sie ſpielen Miniſterle, als ob ſie am grünen Tiſche ſäßen und „realiter“ ſich mit dieſem oder jenem Tageserfolge begnügen müßten. „Realpolitik“ iſt aber

Digitized by Google

nichts als deutsche Kannegießerei, so lange die Herrn Lenker des Nationalvereins nicht berufen sind, „realiter", thatsächlich die deutsche Politik zu leiten. So lange sie nur berufen sind, den Geist des Volkes zum großen Ziele der Einheit Deutschlands zu lenken, diesen Geist überall zu beleben, zu fördern, zu stärken, — so lange ist ihre Aufgabe: Idealpolitik zu treiben! Wer erinnert sich nicht der Zeit, wo das „junge Italien" die erste große Niederlage erlitten hatte und dann am Tage nachher auftrat und die Fahne: Einheit Italiens! nur um so kecker entfaltete und um so höher aufpflanzte? Wer Geschichte kennt, der weiß, daß John Handen und Cromwell, Chatham und Canning, O'Connell und Cobden, Franklin und Washington, Luther und Stein — Idealpolitiker waren, die ihr Prinzip, ihren Grundsatz so lange real-erfolglos vertheidigten, bis sie endlich die Macht erlangten, „Realpolitiker" zu sein.

Der größte Realpolitiker des Tages ist ziemlich sicher Napoleon III., und doch war er in Straßburg und Boulogne ein Idealpolitiker, der seine Fahne aufpflanzte auf die Gefahr hin, seinen Kopf zu verlieren Und heute ist er gerade deßwegen den Realpolitikern aller europäischen Cabinete überlegen, weil noch ein Rest von Idealpolitik in ihm steckt, der ihn die „Rechte der Völker" in Polen, in Ungarn, in Italien, und selbst in Schleswig-Holstein auf seine Fahne schreiben läßt. Und mit diesem Restchen von Idealpolitik setzt er die Realpolitiker matt. —

Die Realpolitik des Nationalvereins muß darin bestehen, das Ideal der Einheit Deutschlands rein und unangefochten aus dieser Zeit des Haltes im Koth zu retten. Thatsächlich braucht dabei der Nationalverein nur fest an der zu Recht bestehenden Reichsverfassung zu halten und diese wieder zur That machen zu helfen. Das ist seine Aufgabe und sonst keine.

Einheit des Gesammtvaterlandes muß sein Ziel sein; die Wiederherstellung des Rechtszustandes, wie er in der Reichsverfassung, in den Grundrechten, rechtlich und gesetzlich, festgestellt ist, — das ist die Real-

Digitized by Google

politik des Nationalvereins. Ueberall das eine oder das andere angegriffene Grundrecht vertheidigen, wieder herstellen, der ganzen Reichsverfassung mit den nöthigen zeitgemäßen Aenderungen wieder zur thatsächlichen Anerkennung verhelfen, — dazu vor Allem im Volk das Bewußtsein immer lebendiger fördern, daß nur ein Volksparlament des gesammten Deutschlands diese Wiederherstellung des Rechtszustandes durchführen wird, — das ist die hohe, reale Aufgabe, die der Nationalverein zu lösen hat; jede andere „Realpolitik" im Sinne der Höfe und der Klügler führt zu Mißgriffen, zu Fehlschritten, die von den Feinden der Freiheit und Einheit ausgebeutet werden, ihren Freunden aber nur zu leicht als sonst Nichts denn eitel Ränkespiel erscheinen müssen.

14.

Wir wiederholen zum Schlusse, was wir zu Anfang sagten: „Das Instrument ist gut, die Hand, die es trägt, führt es schlecht."

Daraus folgt, daß wir dafür sorgen müssen, daß die Hand, die es führt, es zu andern Zwecken verwende, oder daß das gute Instrument in bessere Hände kommt.

Der Gedanke, dem Nationalverein einen andern Verein gegenüberzustellen, hieße zwei Sonderbünde begründen. Die „preußische Spitze" durch eine „süddeutsche Föderation" bekämpfen zu wollen, hieße den Bruch fördern, den Bürgerkrieg vorbereiten, den Feinden Deutschlands, dem lauernden Napoleonismus in die Hände arbeiten

Schmollend sich von dem Nationalverein zurückziehen, heißt den Klüglern und Ränklern, die ihn jetzt zum verkehrten Ziele leiten, gewonnenes Spiel geben.

Wer es gut meint mit dem Vaterlande, wer in Wahrheit Deutschlands Einheit und Freiheit mit Muth und Hingebung erringen helfen will, der trete in den Nationalverein ein und helfe diesen zum guten Ziele leiten und treiben. Und wer in ihm steht, wer in ihn eintritt, um Deutschlands Einheit und Freiheit fördern zu helfen, der

Digitized by Google

sei sich bewußt, daß die bisherige Führung schlecht war, der trete auf die Seite Derjenigen, welche diese Führung bekämpfen, der sorge, daß die Leitung eine andere werde, eine solche, die dem Grundsatz treu bleibt, trotz des scheinbaren Gewinnes, den das Aufgeben des Grundsatzes, das Herabziehen der Fahne bieten könnte.

Die gegenwärtige, gothaische, preußische Richtung hält fest zusammen; die Männer fester Grundsätze und rücksichtloser Hingebung für Deutschlands Einheit müssen eben so fest zusammenhalten, und zwar im Nationalverein; dann wird dieser Verein die Früchte tragen, die in dem Samen seines Grundsatzes liegen, des Grundsatzes der da heißt:

Reichsverfassung

und

Parlament.

Digitized by Google

Digitized by Google